





Politik an der Schwelle eines großen Erfolges. Darüber soll man sich keinen Augenblick täuschen. Im Vertrauen darauf, daß die Regierung das Abgeordnetenhaus nicht auflösen werde, haben sie bei der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage eine Hochprobe geliefert, die sie bei der dritten wiederholen wollen. Wenn man jetzt in freiwillig offiziösen Blättern liest, die Regierung behalte sich vor, das Abgeordnetenhaus zu dem „für geeignet scheinenden Augenblick“ aufzulösen, so wird einem, man weiß nicht wie, Man hört es knallen, sieht eine gerötete Wade und vernimmt das stolze Wort, die Antwort darauf werde schon kommen — aber „im geeigneten Augenblick“. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie das den Zuhörern imponieren wird.

Zwischen der äußeren und der inneren Politik besteht im Kriege ein noch engerer Zusammenhang als in Friedenszeiten. Der Geist der Eroberung und der Geist der Freiheit schließen sich einander aus. Man kann nicht in der Ukraine einen General S. M. des Zaren zum Diktator einsetzen und derweilen im Innern sich demokratisch geben. Man kann umgekehrt den Polen, Ukrainern, Litauern usw. nicht das freie Selbstbestimmungsrecht bewahren, wenn im Innern des Reiches selbst ein freier Wind weht.

Freiheit, nicht Eroberung, wurde uns im August 1914 versprochen, und diese Verheißung wurde im Juli 1917 wiederholt. Eroberung, nicht Freiheit, spricht die harte Sprache der Tatsachen zu uns im Mai 1918. Der Kampf ist noch nicht zu Ende — manches Reich spricht sogar dafür, daß die Hochkonjunktur der inneren und äußeren Machtpolitik ihrem Ende entgegengeht.

Ein peinlicher Umstand darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß nämlich die Stärke der beiden Strömungen vielfach mit der Kriegslage geschwankt hat. Es scheint mitunter, daß sich die Volkswürde der Erfüllung nähern oder von ihr entfernen, je nachdem man mehr oder weniger genötigt zu sein glaubt, mit weiteren schweren Opfern des Volkes rechnen zu müssen. So tauchen unwillkürlich immer wieder Erinnerungen an die Befreiungskriege auf, in denen das gleiche Schwanken zu beobachten war, bis schließlich nach ungeheuren Opfern und Erfolgen des Volkes der Beharrungsstand in der Heiligen Allianz und in den Karlsbader Beschlüssen erreicht wurde.

Solche Beobachtungen werden die deutsche Arbeiterklasse nun freilich nicht zum „Defaitismus“ verleiten. Sie befindet sich nicht in einer so verzweifelten Lage, daß sie von der Wut in der Kriegslage, die doch zum großen Teil ihr eigenes Werk ist, etwas zu fürchten braucht. Sie gibt den Kampf nicht auf und beharrt in ihrer Absicht zu siegen — erst für das Reich und dann für sich selbst!

### Kriegserklärung Nicaraguas.

San Juan del Sur, 7. Mai. (Neutermeldung.) Nicaragua hat Deutschland und seinen Verbündeten den Krieg erklärt. In zünftigster Stelle ist, wie wir hören, nichts bekannt.

### Der amerikanische Kriegswillen.

Anleihe-Erfolg — Massenaufhebungen — Trenn-Verfolgungen.

Nach einer Neutermeldung aus Washington ist die dritte amerikanische Freiheitsanleihe nach den vorläufigen amtlichen Angaben um ungefähr anderthalb Milliarden überzeichnet worden.

Nach weiteren Neutermeldungen aus Washington wurden zur Auffüllung des Mai-Kontingents unter dem Militärdienstgesetz 233 742 Mann ausgehoben. Diese neuen Rekruten werden am 25. Mai in die Hebungslager befördert werden. Die Gesamtzahl des Mai-Kontingents zeigt daher auf ungefähr 305 000 Mann. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß die unter dem Militärdienstgesetz eingereichten Soldaten von den Militärbehörden nach allen Teilen der Welt geschickt werden können. Schließlich beschäftigt der Marine-Sekretär Daniels dem Kongress einen Gesetzentwurf zur Vermehrung der Mannschaften der Flotte vorzulegen.

Der energische Wille der Vereinigten Staaten, den Verbündeten hinsichtlich des Ozeans beizustehen, zeigt sich auch in einer gesteigerten Verfolgung der irischen Freiheitsbewegung. So verurteilte das Bundesgericht in New York den Green Thomas Bessy zu einem Jahre Gefängnis, weil er Nachrichten der Sinnfeiner-Führer in Irland an einen irischen Agenten in New York übermittelt hatte. — Eine Protestversammlung, welche die Sinnfeiner in der Nacht vom 4. zum 5. Mai am Madison Square gegen die irische Aushebung abhielten, war von amerikanischen Geheimpolizisten überwacht, welche die Reden stenographierten.

### Der Ansturm der Homerule-Begner.

Als Lloyd George zugleich mit der Einführung der Dienstpflicht in Irland die endliche Verwirklichung der irischen Selbstverwaltung (Homerule) ankündigte, glaubte er, einen besonders geschickten Zug zu tun. Es zeigte sich jedoch sofort, daß sich die Iren durch das Homeruleversprechen nicht mit der Dienstpflicht ausöhnen ließen. Auf der anderen Seite hat ein langjähriger Ansturm der Homerulegegner eingesetzt, der von den Ulsterleuten unter Carson's Führung ausgeht, aber weit größere Kreise als die englische Minderheit in Irland umfaßt. Namentlich hoffen Carson und seine Anhänger, die übrige Unionistenpartei für ihren Widerstand zu gewinnen. Carson hat der Presse einen Brief geschrieben, in dem er die verschiedenen Ankündigungen erwähnt, daß die Regierung die Dienstpflicht auf Irland nicht anzuwenden beabsichtige, bevor Homerule Gesetz geworden sei. Er will jedoch nicht daran glauben, daß die Regierung versuchen wollte, die Wehrpflicht anzuwenden, nachdem sie eine irische Regierung eingesetzt habe. Die dagegen sei. Schließlich fordert Carson alle Unionisten, einschließlich der unionistischen Mitglieder der Regierung, auf, eine nochmalige Erwägung dieser Frage durchzuführen, um einen brüdermörderischen Konflikt zu einem Zeitpunkt zu vermeiden, wo alle Verhandlungen dem Ende entgegengehen sollten.

Dr. Wilson Carsons ist nicht die einzige geblieben. In ganz Ulster hat angesichts der Nachricht, daß die englische Regierung fernwärtig Homerule zurückzuführen beabsichtige, ein starker Aufbruch gegen das „Homerule-Komploit“ eingesetzt.

Auf Veranlassung aber in Abwesenheit Carsons, trat in Belfast am 3. Mai der händige Ausschuss des Ulster-Unionisten-Kongresses zu seiner ersten Sitzung, seit Ausbruch des Krieges, zusammen und faßte Entschlüsse, die das Parlament und gegen die Regierung und die Stellungnahme der Ulster-Delegierten auf der letzten Konvention einstimmig zurückweisen und nachdrücklich gegen Homerule protestieren. In Dublin fand am gleichen Tage eine Versammlung der Irischen

Unionisten-Allianz statt, die den Bericht der Irischen Konvention beurteilte und sich für die Union mit Großbritannien und gegen Homerule aussprach.

Die englischen Unionisten kommen zum Teil den Wünschen ihrer irischen Parteigenossen nach. Wie Neuter berichtet, beschloß eine am 7. Mai im Unterhaus abgehaltene Versammlung von etwa 70 unionistischen Parlamentsmitgliedern, die gegen Homerule sind, Bonar Law zu ersuchen, eine Versammlung der unionistischen Partei einzuberufen, bevor die neue irische Gesetzgebung eingeführt werde.

Unionistische englische Zeitungen vom 4. Mai veröffentlichten eine, von neun angesehenen englischen Unionisten, darunter Balfour und Bedford, unterzeichnete Zuschrift, die namens der 1914 gegründeten Britischen Liga zur Unterstützung Ulsters und der Union die Gewährung von Homerule an die rebellischen Nationalisten und Sinnfeiner als einen schweren politischen Fehler, die Jurisdiktion der Ulster gemachten Versprechungen für höchst verwerflich erklärt und ankündigt, daß die Liga die Regierung nicht unterstützen werde, falls sie wirklich jetzt die Homerulebill für ganz Irland einbringen sollte.

London, 7. Mai. Neuter meldet amtlich: Nach dem 21. Mai müssen Zivilpersonen, die nach Irland reisen wollen, vorher eine Erlaubnis dazu einholen.

Bern, 8. Mai. Die „Daily Mail“ meldet, daß der Sekretär der Sinnfeiner, Austin Sias, verhaftet worden ist.

### Die französische Parteileitung zum 1. Mai.

Die wir bereits mitteilten, haben der französische Gewerkschaftsbund und die französische Parteileitung auch in diesem Jahre die Arbeiterschaft aufgefordert, den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe zu begehen. Der Aufruf der Parteileitung, der in der „Humanité“ vom 30. April veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

„Der 1. Mai 1918 trifft Frankreich und die Welt noch im Kriege an. Statt sich zu mildern, hat sich der blutige Konflikt sogar noch verschärft. Wir stehen inmitten einer neuen und fürchterlichen Offensive, mittels deren der deutsche Militarismus und Imperialismus einen zerschmetternden Sieg an der Westfront zu erringen sucht, wie er ihm auf der Ostfront davongetragen hat.“

Angesichts dieser Lage hat die C. G. T. (der französische Gewerkschaftsbund) als Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft es für angeeignet gehalten und beschlossen, daß sie auch dieses Jahr von Kundgebungen absteht, wie sie sie zu Friedenszeiten bei diesem Anlaß zu organisieren pflegte, und daß sie die Arbeiterschaft nicht zur üblichen Arbeitseinstellung auffordern wird.

Getreu ihrer stets in solchen Fällen eingenommenen Haltung fordert die C. G. T. die Parteimitglieder auf, sich dieser vom Gewerkschaftsausgang für das ganze Land vom Gewerkschaftsausgang für das Pariser Gebiet erteilten Weisung anzuschließen.

Auch bittet sie dieselben Parteimitglieder, überall, wo es ihnen möglich ist, an den von der C. G. T. einberufenen Versammlungen teilzunehmen, bei denen die von der interalliierten sozialistischen und Arbeiterkonferenz im Februar in London gefassten Beschlüsse bekanntgegeben und dargelegt werden.

Die oberste, zur Stunde jedem Staatsbürger obliegende Pflicht, das Landes Leben, Bestand und Unabhängigkeit zu verteidigen zu helfen, entbehrt sie nicht der Erfüllung einer weiteren. Diese zweite Pflicht ist um so gebieterischer, als sie mit der ersten im Zusammenhang steht, ja sich sogar mit ihr bedingt.

Dieser Pflicht nachzukommen, hat ihrerseits die sozialistische Partei Frankreichs nicht ermangelt; nicht nur durch ihre allgemeine Haltung, sondern auch durch ihr Vorgehen bei den Regierungen, um diese zu einer feierlichen Erklärung gegen jede offene oder versteckte Annexionspolitik zu veranlassen und gegen geheime diplomatische Verhandlungen und Abmachungen, die geeignet sind, die Hinauszögerung des Friedensschlusses zu begünstigen.

Diese Pflicht besteht darin, in aller Klarheit auszusprechen, unter welchen Bedingungen der seit fast 4 Jahren währende Kampf auf den Schlachtfeldern beendet werden könne und damit zu helfen, den Frieden durch das Recht, einen gerechten und dauernden Frieden herbeizuführen, der nicht nur den gegenwärtigen Krieg beendet, sondern Europa und der Welt eine Ära der Sicherheit und dem internationalen Proletariat die Möglichkeit einer stetigen Entwicklung sichert.

Kein Anlaß ist für diese Kundgebung internationalen Charakters geeigneter als der 1. Mai.

Für den Parteivorstand: Der Sekretär: Louis Dubreuilh.

### Die verwässerte Wahlreform in Ungarn.

Budapest, 8. Mai. In der gestrigen Konferenz der Regierungspartei wies der Ministerpräsident Dr. Welszky darauf hin, daß er in der Wahlrechtsfrage gerade im Interesse der Wahlreform für das Kompromiß eintrete. Es würden große Interessen aufs Spiel gesetzt werden, wenn die gegenwärtigen leidenschaftlichen, die ganze öffentliche Meinung beherrschenden Kämpfe um die Wahlreform nicht ein Ende nehmen und systematische Reformarbeit im Parlament geleistet würde.

Graf Andrássy erklärte, er bedauere, daß das königliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten den König in den Vordergrund des Parteikampfes stelle; es sei unzulässig, den Monarchen für die seiner Ansicht nach verfehlte Kompromißpolitik der Regierung zu engagieren. Er sei aus diesem Grunde nicht in der Lage, das Kabinett Welszky zu unterstützen.

Dr. Welszky erwiderte auf die Bemerkungen Andrássy's: Unter normalen Verhältnissen gelangt das Regierungsprogramm in einer Thronrede zum Ausdruck, unter den heutigen Verhältnissen kann auf eine Thronrede nicht gezählt werden. Die Regierung wünschte daher, in der Form einer Kundgebung an den Ministerpräsidenten der Offenlichkeit zu zeigen, daß ihrem Programm die Kraft innewohnt, die aus der Genehmigung des Souveräns erwächst. Schließlich wurde eine die Kompromißpolitik Welszky's billigende Entschliessung mit 46 gegen 43 Stimmen angenommen.

### Slawische Opposition in Oesterreich.

Wien, 8. Mai. Der Polenklub hat einen Beschluß gefaßt, der Widerspruch dagegen erhebt, daß Graf Czernin die Polen nicht unter den Verteilern der Untersechtheit des Reiches angeführt habe, über die Bestrebungen auf Teilung Galiziens weitere Klärung verlangt.

Wien, 8. Mai. Nach der Slawischen Korrespondenz haben der Tschechische Verband und der Südslawenklub gemeinsam einen Aufruf an die Bevölkerung beschlossen, in welchem unter anderem der Verstoß des Parlaments, der Anwendung des „Oktrois“, der Einrichtung von Kreisämtern in Böhmen und dem Standpunkt des Ministerpräsidenten in der Südslawenfrage widerprochen und schließlich die Einberufung des Reichsrats verlangt wird.

### Ein U-Kreuzer versenkt 50 000 Tonnen bei den Azoren.

Amtlich. Berlin, 8. Mai. Ein aus dem Sperrgebiet an die Azoren zurückgekehrter U-Kreuzer, Kommandant Korvettenkapitän Edelmann, hat dort 9 wertvolle Dampfer und 7 Segler von 38 747 Br.-Reg.-T. sowie das italienische Hilfskriegsschiff Sterope von 9500 Br.-Reg.-T., insgesamt Frachtraum von 48 247 Br.-Reg.-T. versenkt.

Berlin, 8. Mai. Die endgültige Feststellung der Seekriegserfolge der deutschen U-Bootunternehmung hat ergeben, daß insgesamt sieben englische Unterseeboote infolge des Eingreifens der deutschen Seestreitkräfte vernichtet worden sind.

Berlin, 7. Mai. Eines unserer Unterseeboote unter der bewährten Führung des Kapitänleutnants Viebeg hat im Vermellkanal fünf bewaffnete, tiefbeladene Dampfer mit insgesamt 16 000 Br.-R.-T. versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein wiedererstandener Kreuzer. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der kleine Kreuzer Medschidje, der am 8. April 1915 vor Odessa durch Minen Sprengung gesunken, von den Russen gehoben und unter dem Namen Pruth der russischen Flotte einverleibt worden war, jetzt in die in Sebastopol liegende türkische Flotte wieder eingestellt worden ist.

Frankreich vermehrt sein Papiergeld. Paris, 7. Mai. Durch ein Dekret wird die Höchstsumme der Banknoten, die die Bank von Frankreich ausgeben darf, auf 30 Milliarden Franken festgesetzt. Die bisherige Grenze betrug 27 Milliarden Franken.

Tod durch Gasvergiftung. Der Afrikaforscher und Arzt Dr. Richard Kandi ist vor einigen Tagen infolge einer Gasvergiftung, die er sich im Felde zugezogen hatte, gestorben. Dr. Kandi erforschte die Länder zwischen Victoria, Edward, Kivu- und Tanganjika-See und war vor dem Kriege deutscher Resident in Ruanda.

Neuer englischer Frachtschiffbau. London, 6. Mai. (Neuter.) In der nächsten Zeit wird ein britisches Schiff von 6400 Tonnen, das elektrisch betrieben wird, in Fahrt gebracht werden. Das Schiff wird acht bis zehn Prozent mehr laden können, als ein gewöhnlicher Dampfer von dieser Größe, und verbraucht weniger Brennmaterial.

### Der Bundesrat gegen Preistreibereien. Zehnpfennigstücke aus Zink.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden u. a. angenommen ein Entwurf einer Verordnung gegen Preistreiberei und der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Prägung von Zehnpfennigstücken aus Zink.

### Preussische Ausichten — Mecklenburgische Erfahrungen.

Zu der Frage, warum sich das Junkertum so wenig durch Drohungen der Regierung imponieren lasse, bringt die „Mecklenburgische Volkszeitung“ eine zeitgemäße Erinnerung als Beispiel. Sie erinnert daran, daß der Schweriner Großherzog Friedrich Franz IV. am 17. November 1912 in feierlicher Sitzung des Schweriner Staatsministeriums erklärte, „wenn der außerordentliche Landtag die neue Verfassungsvorlage ablehnt, werde ich die (zeitgemäß) Verfassung strikieren“. Trotzdem hat dann der mecklenburgische Landtag die Regierungsvorlage abgelehnt. Und der Schweriner Großherzog hat übrigens die neue Verfassung bis heute noch nicht strikiert.

Offenbar trauen auch die preussischen Junker der Regierung keine größere Festigkeit zu, als sie die mecklenburgische Regierung gegenüber den mecklenburgischen Junkern bewiesen hat. In früheren Beispielen eines ähnlichen Verhaltens fehlt es ja keineswegs.

### Letzte Nachrichten.

#### Schleifung der Befestigungen auf den Mandschinseln.

Stockholm, 7. Mai. (Meldung des Svenska Telegrambyrån.) Die japanische, die deutsche und die finnische Regierung sind übereingekommen, unmittelbar Verhandlungen zu beginnen über den Abschluß eines Vertrags über die Schleifung der auf den Mandschinseln während des Krieges trotz der geltenden internationalen Bestimmungen ausgeführten Befestigungen.

#### Strafverfahren gegen Brizon.

Bern, 8. Mai. Wegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Brizon wurde laut „Progrès de Lyon“ Strafantrag gestellt. Es handelt sich um eine Presseaffäre, worüber Einzelheiten noch nicht bekannt sind.

#### Amerikanisch-norwegisches Handelsabkommen.

Washington, 8. Mai. (Neuter.) Das allgemeine Handelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Norwegen ist von den Vorstehenden des Kriegshandelsamts Vance Mc Cormick und Dr. Frithjof Hanjen unterzeichnet worden. Das Abkommen sichert Norwegen die Deckung seiner abgeschätzten Bedürfnisse soweit sie ohne Schaden für die Kriegsbedürfnisse der Vereinigten Staaten geliefert werden können. Norwegen seinerseits sagt zu, alle norwegischen Erzeugnisse, die nicht im Inlande gebraucht werden, namentlich Erze und Mineralien, chemische und metallurgische Produkte, Holz und Waldprodukte, Fische und Fischprodukte ungehindert nach den Vereinigten Staaten und an deren Kriegsgenossen auszuführen zu lassen. Da Amerika eigene Einfuhrbedürfnisse aus Norwegen verhältnismäßig gering sind, wird bestimmt, daß keines der Ausfuhrgüter aus Amerika oder den Ländern seiner Kriegsgenossen, die mit Hilfe von amerikanischer Wunterhilfe geliefert werden, direkt oder indirekt an eine der Mittelmächte gehen, oder zum Ersatz von Gütern benutzt werden, die dorthin ausgeführt werden.

#### Massenprotest gegen Eisenbahndiebe.

Darmstadt, 8. Mai. In dem großen Prozeß gegen eine Reihe von im Eisenbahndienst beschäftigten Personen, die auf dem hiesigen Bahnhof umfangreiche Güterberaubungen und Diebstähle verübt hatten, wurde heute nach sechstägiger Verhandlung das Urteil gesprochen. Im ganzen waren fünfundsiebzig Personen angeklagt. Von den Hauptbeteiligten wurde der Angeklagte Loh zu vier Jahren, Leders zu zwei Jahren sechs Monaten und die Ehefrau Raden zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus sowie je fünf Jahren Ehrverlust, der Angeklagte Drever zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten kamen mit Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu zwei Jahren davon. Neun wurden freigesprochen. Einer der Hauptbeteiligten hatte sich inzwischen im Gefängnis erhängt.



# Der Hauptausschuß gegen die Ostpolitik.

Die Beratungen wurden am Mittwoch fortgesetzt. General v. Wrisberg teilt mit, daß bei dem Vormarsch der Armeen auf Petersburg deutsche Truppen nicht beteiligt sind und daß auch nicht beabsichtigt werden.  
Hr. Noke (Soz.): Herr v. Wrisberg glaubte eine völlige Ueber- einstimmung zwischen Regierung und Heeresleitung feststellen zu können. Trifft das auch zu auf die Ostpolitik? In der Regel ist es überall anders gegangen, als wie die Reichsleitung es verfährt hat. Die Reichsleitung wollte eine Deputation aus Litauen entsenden, die Heeresleitung hat es nicht zugelassen. Die Uebereinstimmung war offenbar nur dann zu erzielen, wenn die Reichsleitung sich gefügt hat. Es war unsere Pflicht, über die Vorgänge in Kiew Aufklärung zu fordern, denn der Reichstag hat den Frieden mit der Ukraine gutgeheißen. In dem Verhalten der Regierung kann fast eine Probe darauf er- blenden, welches Maß von Belastung

## die Geduld unseres Volkes

nach ausfällt. Das gilt sowohl von der inneren, wie auch von der auswärtigen Politik. Man konnte in der letzten Zeit sich des Ein- drucks nicht erwehren, daß wir einen Rückfall in das persön- liche Regiment erleben. Damit ist eine Zid-Zad- Politik schlimmsten Angedenkens verbunden. Der Riegelan- satz behauptet, das „Gamburger Echo“ habe die Expedition nach Simland gutgeheißen. Ich stelle fest, daß dies durchaus nicht der Fall ist. Eine Frage zu dem Zuge nach Simland: Treiben etwa amtliche Stellen eine Thronandabatur des Herzogs von Medlenburg? Würden deutsche Truppen die Grenzen Ruß- lands überschreiten, so wäre das ein neuer Krieg mit Rußland. Die Regierung hat leider keine Antwort auf die Frage gegeben, ob ein Protest Rußlands vorliegt gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Laurien. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Vorgänge im Osten einen Frieden im Westen erheblich er- schwern. Was in den letzten Wochen geschah, muß in der Welt die letzten Reste von Vertrauen zu Teu und Glauben der deutschen Politik vernichten. Offenbar ist der Handel zwischen Bayern, Sachsen und Preußen über

## die Verteilung der Herzogshüte

nach nicht fertig. Wir fordern vom Kaiser, daß er daran fest- hält, daß wir in die Beziehungen in Ostland und Nordland nicht hinein- greifen haben. Statt dessen ist man dabei, eine regelrechte Ver- gewaltigung dieser Gebiete vorzunehmen. Die Handvoll Weiber, die man dem Kaiser vorgesetzt hat, sind nicht die Vertreter des Volkes gewesen. Die Zensur unterdrückt auch hier die Wahrheit. In der Ukraine hat jetzt General v. Eichhorn die Herrschaft an sich gerissen. Es hat keinen Zweck, zu bestreiten, daß in der Ukraine zwischen Deutschen und Oesterreichern ge- wisse Unstimmigkeiten bestehen. Der Entwicklung der inneren Be- hältnisse gegenüber hätte Deutschland ruhig den Zuschauer spielen können. Es hatte nicht nötig, als eine Art Kommunika- tionsbrücke in der Geschichte zu erscheinen. In Kiew ist unter unserer Mitwirkung der Traum aller Reaktionäre verwirklicht worden: Der Sieg des Leutnants mit seinen zehn Mann, der die Walfahrt aufeinandertrieb. Gegen diese Politik erheben wir den entschiedensten Protest.

Unterstaatssekretär v. Braun verwahrt sich dagegen, daß er den Versuch gemacht habe, sich in die inneren Verhältnisse der Ukraine einzumischen. Er habe nur einen ganz unerbittlichen Nachschlag über die Landfrage gegeben, als man ihn darum befragt habe. Wenn der neue Heilmann diesen Rat befolgt habe, so sei dies der Sieg der Vernunft über weltfremde Reformpläne gewesen. Nebenfalls gehe daraus nicht hervor, daß die neue Regierung eine Schöpfung Deutschlands sei.

Hr. v. Rechenberg (Z.) ist in der Hauptsache mit den Bedingungen des Riegelanlasses einverstanden, wenn auch nicht zu verstehen ist, weshalb das Getreideabkommen mit der Ukraine nicht veröffentlicht worden ist. Es ist wird berichtet, daß unsere Truppen jubelnd als Befreier begrüßt wurden, nach einiger Zeit aber kommendes meißens anders. Wie weit sollen denn unsere Truppen im Osten noch vordringen? (Hr. David: Bis Madonostol!) Deshalb müsse man die Absichten der deutschen Regierung kennen lernen. Es ist noch immer nicht festgestellt, ob General v. Eichhorn nach seinen Anweisungen berechtigt war, den Feldbestellungsbefehl zu erlassen. Unterstaatssekretär v. Eichhorn kann der Verfasser des Er- klärungsschreibens sein, denn das Schriftstück ist so, daß man fast an dem laienhaften Menschenverstand des Verfassers zweifeln könne. Gerade- umsonst verwundert über ist es, daß das Auswärtige Amt keine Abkündigung der Parteistellung der neuen Minister hat, daß man insbesondere nicht weiß, daß man es mit Leuten zu tun hat, die im absoluten Gegensatz zum Volke stehen. Die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen, daß

## der Heilmann das Jorat aufsteht.

Die Erklärung, daß wir die finnisch-russische Grenze nicht über- schreiten werden, ist erfreulich, man muß aber auch auf die Finnen einwirken, das übersteht auch nicht zu tun, weil das eine Verletzung des Friedens von Vries-Viwoost wäre. Zu bedauern ist, daß man den Finnen einen deutschen Fürsten aufhängen wolle. Die Finnen sind republikanisch und deutsche Fürsten sind doch schließlich keine Exporimittel. Die ganze Militärschicht dort und in Polen hat keine Berechtigung mehr! Redner beantragt, dem Kaiser zu erwidern, dem Haushaltsausschuß die Instruktionen mitzutreten, die vor dem Einrücken in die Ukraine erteilt worden sind. Heute weiß kein Mensch, wohin die Reise geht.

Hr. Dr. Sabelum (Soz.) schließt sich diesem Antrag an. Wir erfahren das, was vorgeht, immer nur durch die Verbote der Zensur, darüber zu berichten. In einschlägiger Stelle stehen Leute, die bestrebt sind, jedes Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Reichstag zu hintertreiben. In der Verwaltung in den östlichen Gebieten sitzen nur Leute einer bestimmten Partei und einer bestimmten Richtung. Das Vorgehen in der Ukraine ist ge- radezu erschreckend, die Verewaltung der Wada vergißt das Volk nie. Am 27. März bot Hollarowitsch ein Kompromiß an, d. h. eine Umwandlung der Regierung. Weshalb ist die deutsche Regierung nicht darauf eingegangen?

Hr. Graber (Z.): Die Propaganda gegenüber den Randländern läuft auf eine Vergewaltigung hinaus. Der Reichstag hat die Pflicht, seine Schuldbüchse zu tun, damit Deutschland vor unabhän- glichem Anschlag bewahrt bleibt. Redner rekapituliert nach einmal die Entwicklung der Vorgänge in der Ukraine und bestätigt die Angaben Sabelums über das Kompromißangebot an die deutsche Regierung. Eine Antwort erfolgte nicht. Wenn Oesterreich nicht protestiert hätte, dann hätte man damals sofort die deutsche Militärdiktatur eingeführt. Der Feldbestellungsbefehl hat geschadet, aber nichts genützt. Die Geschichte mit der finnischen Wepser ist ein Örtungsfall. Es handelt sich um weiter nichts als um einen militärischen Staatsstreich. Ein deutscher Offizier erschien in der Stadt, rief in russischer Sprache:

## Im Namen der deutschen Regierung: Hände hoch!

Dann schritt man zur Verhaftung der Minister. Daran schloß sich der von 216 Personen besuchte Konventkongress an, der mit dem Ruf geschlossen wurde: „Auf Rußlands Wohl und der Ukraine!“ Deutsches Militär trat dann zum Schutze des Heilmanns Stora- baltz an und verhinderte das Eingreifen des ukrainischen Militärs zum Schutze seiner Regierung. Trotz aller Mühe vermag der Heilmann keine Minister zu bekommen, die einen Rückfall im Volke haben. Deshalb die Unterwerfung des Generals Götner mit den Sozialisten, von deren Antwort man nichts weiß. Wir haben heute in der Ukraine eine deutsche Militärdiktatur mit dem Ausschlag- schuß eines Heilmanns. Eine Politik wie die bisherige führt das Zentrum nicht mehr weiter. Die Entscheidung muß bei der Reichsregierung liegen, die allein die

Verantwortung zu tragen hat. Die Polen müssen endlich den Worten entsprechen. Das Zentrum fordert: Anordnungen nur mit Zustimmung des Kanzlers; Veröffentlichung des gesamten Friede- nserbitters von Vries-Viwoost; Wiedereingabe der zugehörigen Aus- tauschartikel an die Ukraine; Erklärung der Regierung, ob sie ge- willt ist, eine klare Konstitutionspolitik zu treiben.

Hr. v. Gräfe (L.): Man muß es der Regierung überlassen, inwiefern sie die Wünsche des Zentrums berücksichtigen will. In der Entwicklung der Dinge in den besetzten Gebieten ist die Mehr- heit des Reichstags mit schuld, weil sie Theorien aufgestellt hat, die praktisch nicht durchführbar waren. Die Maßnahmen in der Ukraine sind kein militärischer Staatsstreich, denn der deutsche Gesandte war ausdrücklich da- mit einverstanden.

Hr. v. Trampinski (Pole) findet es für unbegreiflich, daß man immer Angst vor den Polen habe. Die Polen in der Ukraine wollen weiter nichts als eine gesicherte Existenz. Die deutsche Ver- waltung hätte sich passiv verhalten müssen. Auf ein un- wissendes Volk müssen sozialistische Ideen ein- drückt und der Besitz wieder hergestellt ist, kann in der Ukraine Ordnung eintreten.

Hr. Dr. Stresemann (nack.) warnt vor einer Diskreditierung der Regierung, wie sie in den Forderungen des Zentrums liegen, und die letzten Endes Kriegserklärung wirken müßte. Die ganze Natur der Litfrage führt dazu, daß alles nur im Einberufen der Reichsleitung und Heeresleitung veranlaßt werden kann und deshalb sei es höchst bedenklich, immer wieder einen Gegenstoß zu beschaffen. Gerade in der Zeit des Wahlrechtskampfes in Preu- ßen bedürfte die Regierung der größten Autorität, die in Frage gestellt sei, wenn die Forderungen des Zentrums Annahme finden sollten.

Hr. Gause (U. Soz.): Wir müssen der Ukraine gegenüber die Verträge erfüllen und insbesondere unsere Truppen sofort zurück- ziehen. Es bedeutet eine Verletzung des Friedens mit Rußland, daß unsere Truppen in die Krime eingerückt sind. Ist es wahr, daß wir aus der Ukraine Munition herangezogen haben? Weshalb wird der Postverkehr mit Rußland nicht wieder hergestellt? Wie kommt es, daß die Russen noch immer in Deutschland als feind- liche Ausländer behandelt werden? Wie kommt es ferner, daß der Belagerungsstand über Königsberg, das jetzt nicht mehr be- droht ist, nicht aufgehoben wird?

Eine Antwort erfolgte nicht. Damit war die Aussprache geschlossen.

Am Freitag wird die Beratung der Steuererlagen fortgesetzt.

## Aus dem Ernährungsausschuß.

### Deutsche Zufuhren nach Deutschböhmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte Stubbe (Soz.), ob Deutsch-Böhmen von Deutschland mit Lebens- mittel unterstützt würde. Nach einer Zeitungsnotiz hätte der Generalkonsul Baron Gelbhartel in Prag auf eine Anfrage erklärt, daß bereits in Berlin Verhandlungen eingeleitet seien und er hoffe, daß in kürzester Zeit größere Kartoffel- sendungen aus Deutschland eintreffen werden. Es sei ihm unerklärlich, daß, wo wir selbst unter der Not der Lebensmittel zu leiden hätten, noch Lebensmittel nach Böhmen abgegeben werden könnten.

Nach weiteren Reden führte Uhlig (Soz.) aus: Die Kartoffel- lieferung nach Oesterreich sei bereits im Werke. Tausende Zentner Kartoffel seien im Schleichhandel zu Wüderpreisen vertrieben. Auch die Heeresverwaltung solle die Höchstpreise überschritten haben. Staatssekretär v. Waldow erklärte: Infolge einer Mißernte sowie der Absperrung der tschechischen Bezirke sei in Deutsch-Böhmen ein schwerer Notstand eingetreten. Es handelt sich um die an Schiffs grenzenden Bezirke, die 4000 Zentner Kartoffel geliefert erhalten hätten. Außerdem sei einigen Nachbarorten mit kleinen Mengen Kartoffeln ausgeholfen worden. Unsere eigene Versorgung sei dadurch nicht gefährdet.

Am Mittwoch beriet man über die Preisregelung für land- wirtschaftliche Erzeugnisse. Von den Vertretern der Landwirtschaft wurden die hohen Preise für Milch und Gemüse mit den hohen Produktionskosten begründet. Diefem wurde entschieden von Stubbe (Soz.) entgegengetreten. Die Preise für Samen und Pflanzen seien vielfach höher als in Friedenszeiten die der Produkte. Die Preise für Kartoffeln seien nun dreimal so hoch als in Friedenszeiten. Auch die bereits festgesetzten Rich- tpreise für Obst wären viel zu hoch. Es sei überhaupt verfehlt, die Preise jetzt schon festzusetzen, wo man die Ernte noch gar nicht übersehen könne. — Wels (Soz.) schließt sich dem an und sagt, die Löhne stehen in keinem Verhältnis zu den hohen Lebensmittel- preisen. In Gärlich sei der Produktionspreis für Kartoffeln auf 5 M. festgesetzt, der sich durch den Transport und Zwischenhandel auf 9, 90 Mark für den Konsumenten erhöhe. Im Schleichhandel würden Kartoffeln mit 30 M. pro Zentner bezogen.

Unterstaatssekretär Dr. Müller erklärt, das Strafverfahren gegen den Magistrat Neulöb sei nicht vom Kriegsernährungsausschuß eingeleitet. In den Frühjahrsprüfungen habe im vorigen Jahre die Not gezwungen; auch in diesem Jahre werde man nicht darum herumkommen. Es sei dadurch erreicht, daß wir im Oktober einen guten Vorrat an Getreide in die Hand erhielten und die Eisen- bahnen für die Zeit entlasteten, wo der Transport der Kartoffeln und Hülsen erfolgen mußte. Die hohen Preise für Gemüsepflanzen waren bedingt durch die hohen Arbeitslöhne. Der Samen mußte zum großen Teil aus dem Auslande bezogen werden, dadurch die Teuerung. Bei Festsetzung der Preise müsse man oft den goldenen Mittelweg wählen. Es wird schwer halten, nach Beendigung des Krieges die Preise mit dem Einkommen in Einklang zu bringen.

## Der Reichsproporz im Verfassungs- auschuß.

Der Verfassungsausschuß trat am Mittwoch in die Beratung der Vorlage über die Neueinteilung der Wahlkreise und die Einführung der Verhältnis- wahl ein. Die sozialdemokratischen Vertreter stellen an die Spitze ihrer Änderungsanträge die Forderung der all- gemeinen Einführung der Verhältniswahl, die von Dr. Grad- nauer begründet, nur von unseren Abgeordneten und den beiden Vertretern der Unabhängigen unterstützt wurde. Insehr begrün- dete der Redner die von den sozialdemokratischen Vertretern ge- stellten Eventualanträge, deren Zweck eine Verbesserung der Regierungsvorlage ist und wodurch namentlich die vorimäntigen Verhältniswahlkreise zugunsten einer Teilung jener großen Kreise beseitigt werden sollen. Jeder Wahlkreis von über 200 000 Ein- wohnern soll einen zweiten Abgeordneten erhalten. — Müller- Reiningen (Rp.) für seine Verion Anhänger des allgemeinen Proporz, sprach für seine Partei dagegen. — Herold (Ztr.) sprach für die Regierungsvorlage, Graf Westarp (Konf.) gegen den Proporz überhaupt.

Der sozialdemokratische Eventualantrag wird gegen 8 Stimmen abgelehnt, dagegen § 1 der Regierungsvorlage (Erhöhung der Mandate auf 441) angenommen. Angenommen werden auch die §§ 2-5. Ein fortschrittlicher Antrag soll dem § 5 einen neuen Absatz hinzufügen, wonach, wenn ein Wahlkreis mehr als 300 000 Einwohner erreicht, für jede weiteren angefangenen 200 000 je ein neuer Abgeordneter hinzutritt, und zwar nach den Grundätzen der Verhältniswahl. Der Antrag wird vom Regierungser- treter bekämpft, auch Gröber (Ztr.) wendet sich dagegen, wo- gegen Gradnauer und Landsberg (Soz.) darauf hinweisen,

daß der Antrag durchaus in der Richtung der Regierungsvorlage liege. Der Antrag wird mit 13 gegen 12 Stimmen angenom- men. Von den Nationalliberalen stimmen zwei dafür und einer dagegen.

Anträge der Sozialdemokraten und der Fortschrittler verlangen, daß die Zahl der für einen Wahlvorschlag zu fordernden Unter- schriften von 25 auf 50 erhöht werden solle. Der Antrag wird an- genommen, darauf auch der § 6 der Vorlage. Unverändert ange- nommen werden auch die §§ 7 und 8. Bei § 9 wollen fortschritt- liche und sozialdemokratische Anträge die freien Listen be- seitigen und durch die gebundenen ersetzen. Der von Müller-Reiningen und Dr. Gradnauer begründete Vor- schlag wird auch vom Zentrum unterstützt, auch die Nationallibe- ralen sind unter Vorbehalt endgültiger Stellungnahme dafür. Nach langer Debatte wird er im Grundsatze mit großer Mehrheit an- genommen. Unverändert angenommen wurden die §§ 11, 13 und 14. Bei § 15 wird ein fortschrittlich-sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Wahlordnung durch den Reichstag genehmigt werden muß.

Damit ist die erste Lesung erledigt.

## Die Arbeitskammervorlage

wurde im Ausschusse am Mittwoch zum ersten Male beraten. Der von allen Gewerkschaftsvertretern eingereichte Entwurf liegt als Antrag 1 vor, der von den Abgeordneten aus diesen Kreisen ge- meinsam eingebracht ist. Die Beratung dreht sich zunächst darum, ob nachkommen gemäß § 1 der Regierungsvorlage oder terri- toriale Arbeitskammern im Sinne der Gewerkschaftsvereinigung ge- schaffen werden sollen.

Giebel (Soz.) stellt die gemeinsamen Interessen der Arbeit- nehmer in den Vordergrund und begründet damit eingehend den territorialen Aufbau. Lehrens (Dt. Fr.) unterstützt diesen Standpunkt mit organisatorischen und verwaltungsrechtlichen Gründen, Wiffell (Soz.) tut das gleiche; sowohl die Arbeit- nehmer wie auch das Einigungsweien und die Fürsorge für die jugendlichen Arbeiter würden durch ein Zusammenwirken aller Arbeitnehmer am besten gefördert.

Die Regierungsvertreter erklären es als wichtig, daß im Einigungsweien der Vorstehende unabhängig sei; das nur sachlich gegliederte Tarifwesen würde durch nachkommen besser gefördert, und vor allem schaffe eine territoriale Arbeitskammer trotz Verhältnismäßig keine ausreichende Vertretung der einzelnen Gewerkegruppen, daher seien die nachkommen unermittelbar. Dr. Sike (Z.) läßt diese Einwände nur zum Teil gelten, ihnen könne Rechnung getragen werden. Die Verhältnisse und Bedürf- nisse der Arbeiter sprächen für territoriale Arbeitskammern. Dr. Wildgrube (L.) billigt die Gründe der Regierung. — Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten verlangt Reichs- arbeitsamt, bezirksliche Arbeitsämter und in denselben eine Ar- beiterkammer.

## Abgeordnetenhaus.

### Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden.

Kaum sind die Wahlrechtsdebatten beendet, da hat die große Mehrzahl der „Vertreter“ des preussischen Volkes auch bereits ihre heimathlichen Gebilde aufgesucht, und der geräumige Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses gähnt vor Leere. Es sind noch nicht einmal soviel Abgeordnete anwesend, wie die Tagesordnung Punkte aufweist. Von diesen Punkten — 37 an der Zahl — interessiert allerdings die breite Öffent- lichkeit nur der Gesekentwurf über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Ge- meinden und Gemeindeverbände. In seltener Einmütigkeit beschloß das Haus die Erhöhung des Fonds von 200 auf 300 Millionen und richtete an die Regierung das Ersuchen, aus den bereitgestellten Mitteln denjenigen leistungsschwächeren Gemeinden und Gemeindeverbänden be- sonders hohe Beihilfen zu gewähren, die ihren Beamten, An- gestellten und Arbeitern sowie ihren Ruhegeldempfängern auskömmliche Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerzulagen in Anpassung an die Grundsätze des Staates gewähren. Ebenso einstimmig fand ein fortschrittlicher Antrag Annahme, der die Regierung auffordert, dahin zu wirken, daß den Kommunal- beamten Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen in An- lehnung an die Grundsätze des Staates ge- währt werden.

Vorher war im Anschluß an die Beratung des Fortsetats ein Antrag betr. Holzlieferung an die Gemeinden zur Befei- tigung der Wohnungs- und Möbelnot angenommen.

Am Freitag wird sich das Haus wiederum nur mit kleineren Vorlagen und nebenhächlichen Stats beschäftigen.

## Geschmack am Parlamentarismus.

### Alldentsches Lob für Payer.

Zur letzten Rede des Herrn v. Payer im Hauptausschuß schreibt der annerkennend-schwerindustrielle „Berl. Lokalan- zeiger“:

Allmählich kann man anfangen, sich mit der Parlaritari- sierung unserer Reichsregierung, wie sie die Novemberereignisse des vorigen Jahres dem deutschen Volke gebracht haben, viel- leicht doch etwas zu bestreuen. Die Rede, die der ehemalige Führer der fortschrittlichen Volkspartei und jetzige Riegelanleger Dr. von Payer gestern im Hauptausschuß des Reichstages über die Disfragen gehalten hat, konnte ebenso gut von jedem Berufsdiplomaten gehalten werden, und wenn es nun einmal für die Mehrheitsparteien einen Unterschied macht, ob sie es in der Regierung mit Vertrauensmännern der Krone oder mit solchen der Volkspartei tun zu tun haben, so werden sie sich naturgemäß der Autorität dieses aus dem Par- lament hervorgegangenen Ministers nicht in der gleichen Weise entgegenstemmen können, wie sie es den Ministern der alten Schule gegenüber gemohntheitsmäßig zu tun pflegen.

Für Herrn v. Payer enthalten diese Feststellungen die sehr ernste Frage, ob sein Verbleiben im Amte nicht am Ende doch mehr schadet als nicht.

Die Errichtung eines Deutschen Kriegswirtschaftsmuseums in Leipzig ist vom Deutschen Handelsloge, dem Deutschen Landwirt- schaftsloge und dem Deutschen Handwerker- und Gewerbelammer- loge beschlossen worden. Das Museum will in systematischer Gliederung und in anschaulicher Form die gesamte Entwicklung der Kriegswirtschaft zur Darstellung bringen.

Graf Luxemburg auf der Deimreise. Bern, 7. Mai. „Temps“ meldet aus Buenos Aires: Graf Luxemburg reiste am Sonntag mit dem schwebischen Dampfer Suevia ab.

Das G. R. I. für Herkling. Der Kaiser hat gestern den Reichs- tanzer besucht und ihm aus Anlaß des Autarker Friedens das Eiserne Kreuz I. Kl. überreicht.

Ueber die Entschädigung für Kriegsschäden in Rumänien und den rumänischen Staatsschuldenbericht veröffentlicht der Reichs- tanzer Bekanntmachungen, die im Anzeigenteil unserer heuligen Ausgabe wiedergegeben sind.



